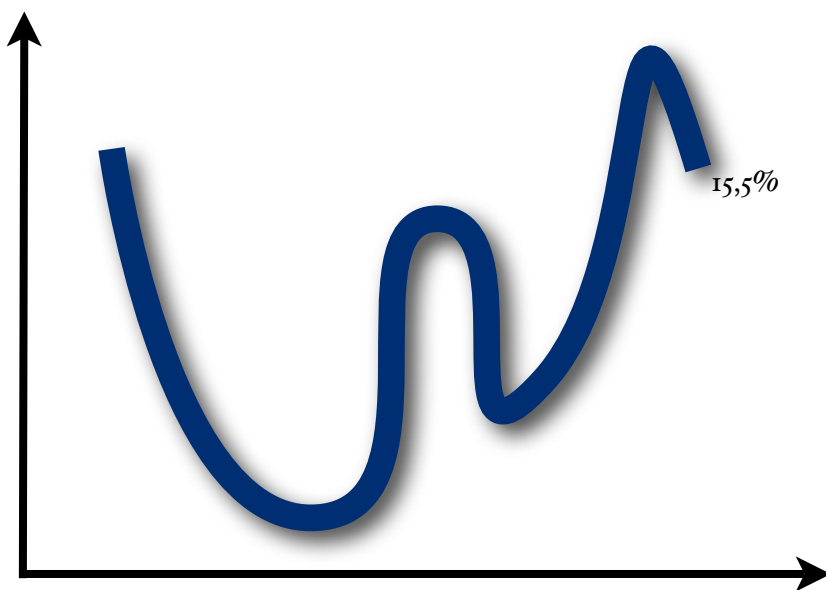


Einheitlicher Beitragssatz

Ein weiterer Streitpunkt im Reformprojekt der großen Koalition.

Der Beitragssatz!

Zu hoch - Zu niedrig - Verschätzt?



Der Schätzerkreis, welcher aus Fachleuten des Bundesversicherungsamtes, des Spitzenverbandes der Krankenkassen, der Bundesbank, des Statistischen Bundesamtes und des Gesundheitsministeriums besteht, konnte sich nach langen Beratungen nicht auf einen einheitlichen Beitragssatz einigen. Somit war die Regierung am Zug. Diese legte den Beitragssatz mit 15,5% unter den von den

Krankenkassen geforderten 15,8% fest, blieb aber gleichzeitig über dem aktuellen Durchschnittsbeitragssatz von 14,9%.

Neben dem ab 1. Januar 2009 geltenden Beitragssatz steht den Krankenkassen die Möglichkeit offen, einen Zusatzbeitrag (max. 1% des beitragspflichtigen Einkommens) zu erheben oder einen monatlichen Beitrag an die Mitglieder auszuschütten. [\(mehr\)](#)

Der Beschluss der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat am Dienstag, den 7. Oktober 2008, den Einheitsbeitragssatz auf 15,5% per Verordnung festgelegt. Nach dem Scheitern des Schätzerkreises blieb die Regierung somit unter den von den Krankenkassen geforderten 15,8%. Nun muss der Bundestag hierzu Stellung nehmen, bevor das Kabinett Ende Oktober die Verordnung endgültig beschließen kann. [\(mehr dazu hier und bei REGIERUNG ONLINE\)](#)



Die Bundesregierung

POLITIK UND EXPERTEN

Erste Reaktionen unterstrichen die Konsequenzen für die Beitragszahler. So muss ab Januar 2009 ein Großteil der Versicherten einen höheren Beitragssatz entrichten. Zudem rechnen [Experten](#) damit, dass bei einem Beitragssatz von 15,5% die Kassen auf die Erhebung des Zusatzbeitrages zurückgreifen werden.

Kanzlerin [Merkel](#) argumentiert bezüglich der Zusatzbelastung mit der Gesamtheit der Lohnzusatzkosten. Ebenso relativiert Volker [Kauder](#), Unionsfraktionschef, die Beitragssteigerung für die

Versicherten mit dem Beschluss zur Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Andrea [Nahles](#), stellvertretende SPD-Vorsitzende, bezeichnet dies als „zu simpel“ und stellt den Beschluss wieder in Frage.

Gesundheitsökonom [Wasem](#) spricht bei einem Einnahmewachstum der Krankenkassen von nicht mehr als zwei Prozent von einem „unrealistischen“ Beitrag, soweit dieser nicht bei mindestens 15,6% oder 15,7% liegt und somit über den von der Regierung beschlossenen 15,5%.

DER EINHEITLICHE BEITRAGSSATZ

DIE KRANKENVERSICHERUNGEN

Die Reaktionen der Krankenkassenvertreter decken ein weites Spektrum ab. Positives zum festgesetzten Beitrag von 15,5% ist jedoch hier nicht zu vernehmen.

Herbert [Reichel](#), Vize-Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, spricht von einem „ehrgeizigen politischen Ziel“. Der Vorstandsvorsitzende der Ersatzkassenverbände VdAK/AEV, Thomas [Ballast](#), sieht aufgrund der steigenden Ausgaben verschiedene Alternativen: Ausgabensenkung im Gesundheitsbereich durch die Politik um 3 Mrd. €, mehr Steuermittel für den Gesundheitsfonds, einen höheren Beitragssatz oder eine sofortige Zulassung des Zusatzbeitrages.

Die Konsequenz für den einheitlichen Beitragssatz

aufgrund der vorhergesagten Steigerung der Gesundheitsausgaben muss laut [BKK Bundesverband](#) eine andere sein. Dieser fordert, die Einführung des staatlich festgesetzten, einheitlichen Beitragssatzes für ein Jahr auszusetzen. In dieser Zeit sollen „verlässliche und belastbare Daten“ vorgelegt werden, die eine Berechnung zulassen.

Der [GKV-Spitzenverband](#) spricht in bezug auf mögliche Zusatzbeiträge von einer hohen „Hemmschwelle“, erwartet aber eine „Welle“ von Zusatzerhebungen, sobald die Schwelle einmal überwunden ist.

Bundesgesundheitsministerin [Schmidt](#) unterstreicht demgegenüber, „dass 100% der Ausgaben gedeckt sind“.

ANDERE GESUNDHEITSPOLITISCHE AKTEURE

Auch Verbände und Gewerkschaften äußerten sich zum festgesetzten Beitragssatz.

So spricht der [Deutsche Gewerkschaftsbund \(DGB\)](#) von einem „auf Kante genähten Beitragssatz“ und fordert entsprechende Nachbesserungen. Eine tatsächlich paritätische Belastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei hierzu ebenfalls notwendig.

Arbeitgeberpräsident [Hundt](#) hält die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung für eine gelungene „Schadensbegrenzung“, verweist aber auf den Koalitionsvertrag der Großen Koalition und den darin ange-

setzten Maximalbeitrag zur Krankenversicherung von 14,2%, der „weit verfehlt“ wurde. Im Vorfeld forderte Hundt eine Senkung der Krankenkassenbeiträge.

Diese Forderung geht laut der Ärztegewerkschaft [Marburger Bund](#) „vollkommen an der Realität vorbei“.

Der [Sozialverband Deutschland \(SoVD\)](#) plädiert aufgrund drohender Unterfinanzierung für einen höheren Beitragssatz. Ebenfalls blieben beim Kompromiss mit sinkenden Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung die Rentner unberücksichtigt, welche hiervon nicht profitieren.

WEITERFÜHRENDE LINKS

[Hart aber Fair - Geldmaschine Gesundheitssystem](#)
[Ärzteblatt.de - Streit um einheitlichen Beitragssatz geht weiter](#)
[Der Tagesspiegel - Schmidt hält manche Kassen für maßlos](#)
[tagesschau.de - Was bringt der Gesundheitsfonds](#)
[ftd.de - Dossier: Gesundheitsfonds – Seid verschlungen Milliarden](#)
[der-gesundheitsfonds.de - Unabhängige Information zum Gesundheitsfonds](#)
[spiegel.de - Gesundheitsfonds – Was ab 1. Januar 2009 auf Sie zukommt](#)
[Bundesministerium für Gesundheit - Gesundheitsfonds](#)
[Bundesverband der gesetzlichen Krankenversicherung](#)
[Bundesversicherungsamt](#)
[VdAK/AEV](#)
[Verband der privaten Krankenversicherung \(PKV\)](#)
[BKK Bundesverband](#)
[AOK Bundesverband](#)
[Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)